

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Nr. 316.

Dienstag 24. Juni 1902.

96. Jahrgang.

Politische Tageschau.

\* Leipzig, 21. Juni.

Das Polenblatt am Rheine will es nicht annehmen, daß die Polenpolitik die wichtigste Frage in unserem politischen Leben sei. Das ist bei der Gegnerschaft des Centrums wider die Polenpolitik der Regierung um so begreiflicher, je mehr zu befürchten steht, das katholische Mitglied des Herrenhauses, Graf Hohenhausen, werde mit seiner nationalen Auffassung der polnischen Frage gerade im katholischen Westen Deutschlands, unter den Kerngruppen der Centrumpartei, Eindruck machen. In ihrer Verlegenheit über die politische Lage, in der das Centrum dem Polenstrome gegenüber sich befindet, greift die „Rhein. Volksztg.“ zu dem nicht mehr neuen Auskunfts-mittel, den Reichskanzler Fürsten Bismarck als Kron-gegenen gegen die jetzigen Leiter der preussischen Politik auszuspielen. Es geschieht dies zunächst in der Art, daß dem Fürsten Bismarck nachgesagt wird, er habe die polnische Frage nur als eine „locale“, nicht als eine „europäische“ behandelt und würde die jetzigen „pomposen Formen“ der Antandigung des Polenkrieges eine „kalte Intrudierung“ genannt haben, weil sie es unmöglich mache, die Erfüllung der polnischen Frage hintanzuhalten. — Der vom Fürsten Bismarck behauptet, daß er die polnische Frage als eine locale behandelt hätte, muß vorantreten, daß Bismarck's Polenreden in Deutschland zu den unbekanntesten Dingen gehören. Hat es doch kaum einen Anlaß gegeben, der den ersten Reichskanzler zu wahrhaft hochpolitischen Vorträgen größtenteils in der Art bestimmte, wie die polnische Frage. Das gilt so ziemlich von den meisten Polenreden Bismarck's, wogegen sie nun im Reichstage oder im Landtage gehalten worden sein. Auch an dramatischer Inszenierung der Polenredem im Parlamente hat es zur Zeit Bismarck's nicht gefehlt. Wir erinnern nur an die Thatsache, daß die polnische Interpellation wegen der Ausweisung von Polen aus Preußen am 1. December 1895 im Reichstage durch eine allerhöchste Botenschaft zurückgewiesen wurde. Auch in Thronreden wurde der polnischen Gefahr wiederholt gedacht; wir verweisen z. B. auf die Thronrede zur Eröffnung des preussischen Landtages vom 14. Januar 1898. In demselben Jahre vertrat Fürst Bismarck das Auslieferungsgesetz im Herrenhause u. A. mit folgenden Ausführungen: „Wir wollen das Deutschthum bevorzugen, daß es aus-herottet werde. Es liegt die Thatsache dar, daß diese Ausrottung nicht, wie der Herr Reichskanzler (von Hofmann) die einzige Möglichkeit bezeichnet, durch Feuer und Schwert erfolgt, sondern durch die Mittel der Sanftmuth, der Schule, des Gottesdienstes, des religiösen Unterrichtes und durch das Uebereinstimmen der gesellschaftlichen Stellung des Polenstums. Diese Ausrottung ist eine langsame, unauffällige, welche aber seit der Beilegung des Polnisch-Juden Systems durch den Landtagsbeschluß vom 1842 doch stetig einen fortwährenden Weg zurückgelegt hat.“

Die vorstehende Probe aus einer Bismarck'schen Polenrede genügt, um die angestrichelte Verschiedenheit der früheren Behandlung der polnischen Frage durch den Fürsten Bismarck und durch die jetzige Regierung als in Wirklichkeit nicht vorhanden nachzuweisen. Sollte aber die „Rhein. Volksztg.“ mit ihrer Kritik der „pomposen Formen“ der Antandigung des Polenkrieges die Marxenburger Rede des Kaisers im Auge gefaßt haben, so sei ihr ins Gedächtnis zurückgerufen, daß Fürst Bismarck der Rede wäre, der an jener Rede Anstoß genommen hätte. Den Beweis hierfür enthält Bismarck's Ansprache an die Westpreußen vom 23. September 1894. Damals sagte Fürst Bismarck unter Anspielung auf die in jenen Tagen erfolgten kaiserlichen Kundgebungen u. A.: „Ich habe nie an eine Sicherung dieses Reichthums (Westpreußens) gedacht, aber meine Hoffnung ruht um so fester, wenn ich mich an die Ansprachen Sr. Maj. des Kaisers zu Königsberg, zu Marienburg und Geseau zu Thron erinnere. . . . Es ist ein heiliger, hehrender Moment, wo wir uns sagen dürfen, daß Sr. Majestät unsere Wünsche theilt. Gott gebe dem Kaiser Muth und Thun, die bereit sind, nach diesem Programm zu handeln.“

Wenn endlich die „Rhein. Volksztg.“ sich auf des Fürsten Bismarck Ausspruch: „Unsere geographische Lage und die Richtung beider Nationalitäten in den Provinzen einschließlich Schlesiens nöthigen uns, die Erfüllung der polnischen Frage nach Möglichkeit hintanzuhalten“ — beruft, so bezieht sich jener Ausspruch lediglich auf die internationale Eröffnung der polnischen Frage, wie sie 1893 von Oesterreich einerseits, von Oesterreich andererseits geplant war. Vor solcher internationalen Behandlung der polnischen Frage wird Preußen um so sicherer sein, je energischer es seine Polenpolitik als eine national-deutsche einrichtet. Diesen Weg hat auch Fürst Bismarck eingeschlagen, ohne sich um schiedliche und panslawistische Geschrei zu kümmern. Wägen erwidert sich die ganze Bewegung der „Rhein. Volksztg.“ auf Bismarck als ein Schlag ins Wasser.

Unmittelbar vor dem Krönungsfeiern ist dem kaiserlichen Imperium ein neues wichtiges Stück hinzugefügt worden. Die gewaltige Bedeutung dieses Imperiums tritt bei der Krönung sichtbar zu Tage. Da schreibt neben dem kaiserlichen Großherzog eines unter englischer Hoheit stehenden afrikanischen Staates der kaiserliche, edelstein-geschmückte Maharadscha eines indischen Staates, da geht neben dem kanadischen Häuptling der Stammesfürst eines Tausende von Meilen entfernten Südvolltes einher. Wenn König Philipp II. von Spanien davon sprechen konnte, daß in seinem Reiche die Sonne nicht untergehe, mit wie viel größerem Rechte noch darf König Eduard dieses stolze Wort brauchen. Und doch mag es sein, daß der Zeitpunkt sich vorbereitet, wo die Sonne über dem Gesamt-Imperium untergeht, wie sie schon seit langer Zeit über dem spanischen Imperium untergegangen ist. Nach demselben Gesetz, nach welchem die Lavine, je größer sie wird, mit jeder Secunde auch desto größere Massen von Steinen, Erde, Bäumen mit sich reißt, kann auch ein so ungeheures Reichthum wie das kaiserliche sich niemals mit seinem Umfange begnügen; es braucht gar nicht anerkennen zu müssen, daß es nicht eben seine Interessen überall vertreten wird, bald hier, bald dort einzuweisen und dann in Folge davon sein Gebiet vergrößern. Das Reich der Krone ist es, zu zerfallen und zum Schluß selbst auseinanderzuweichen, so daß nichts übrig bleibt, als eben die Zerstücke vorbehalten sein. Eben jetzt, gelegentlich der Krönung, zeigt es sich, daß der Reichthum nicht in allen seinen Gliedern gesund ist. Es sind nicht „mühselige“ Anstrengungen der „Rhein. Volksztg.“ und dem „preussischen Arbeiter“ zu machen, sondern die eigenen Unterthanen Englands, die Malteser, lernen mit diesen unfreundlichen Worten die Verhältnisse an den Inseln kennen ab. Und wer weiß, ob nicht auch bei der Colonienkonferenz, die im nächsten Anlauf der Krönung stattfinden wird, manches unfreundliche Wort gegen das Mutterland fallen wird. Die Colonien wollen jetzt den Lohn für ihre Hülfsleistung im Kriege haben, und wer weiß, ob England das wird bewilligen wollen und können, was die Colonien beanspruchen.

Die Rede, die Canalejas, der bekannte Vertreter der demokratischen Partei in Spanien, dieser Tage in Valencia gehalten hat, ist für den Standpunkt, den er gegenwärtig einnimmt, bezeichnend; darum sei sie hier bei dem Auflesen, das seine Rede macht, in großen Zügen wiedergegeben. „Der Weltall gilt nicht mir“, sagte er, „sondern den auf die Beilegung der alten Uebelthätigkeiten abzielenden Ideen. Er geht in erster Linie von dem Staat und Landarbeitern aus, die in anderen europäischen Ländern sich des staatlichen Schutzes zu erfreuen haben, während sie in Spanien unter einem Reglement leben, das nur die oberen Classen begünstigt. Ich trat in die Regierung ein, von dem Wunsch befeuert, in dieser Hinsicht reformirend zu wirken. Ich trat wieder aus, weil man mir die Mittel dazu verweigerte, weil im Grunde die gleichen politischen Verhältnisse, das das sociale Reichthum stehende stielte noch abwärts, ein fremder Wille, der mächtiger ist als die Regierung, sich einmischte, weil, kurz gesagt, der Wunsch mich aus dem Ministerium hinausdrängte. Man nennt mich einen Feind der Kirche, obgleich ich in Altspanien andrücklich meine tiefe Achtung für die Kirche betone; man nennt mich einen Sozialisten, obgleich ich keine republikanischen Erklärungen abgebe, sondern im Gegentheil gesagt habe, daß es sich um einen letzten Versuch handele, die nöthigen Reformen innerhalb der Monarchie zu verwirklichen. Ich schlage nur ein Bündniß mit den Republikanern vor, weil sie auch demokratisch sind wie ich. Bei gemeinsamer Arbeit müssen wir liegen. Aus Furcht vor der rothen Demagogie sollen gewisse Leute der schwarzen in die Arme, ohne zu begreifen, daß erstere, indem sie Reformen veranlassen, die Thronneigung, während letztere diese häufig genug gestützt hat, indem sie das Volk schleichlich zur Empörung wagen. Canovas sagte einst: Drei Ausnahmestände trennen uns von Europa, die religiöse Unabwiesbarkeit, die sociale Uebelthätigkeit und die Bourbonsen. Es sei schmachvoll, mit Rom zu pactiren, weil dies die staatliche Selbstständigkeit schwächere. Wenn man von ihm eine Verdrängung der Freiheit verlangt, so würde er dem König antworten, daß die Monarchie ohne Freiheit nicht lebensfähig sei. Wie würde man mich behandeln haben, wenn ich Rechtliches gefordert hätte! Es ist schon so weit gekommen, daß wir Demokraten jenem conservativen Minister noch Weisheit spenden müssen. Spanien bedarf nicht reactionärer, sondern freireichlicher, sehr demokratischer Einrichtungen. (Eine Stimme: republikanischer!) Die mich unterbrechen, werden im Nicht sein, das zu verlangen, wenn alle gesetzlichen Mittel, um zum Ziele zu kommen, erschöpft sein werden. Man möge sich vorsetzt zu irgend einem gewaltthätigen Vorgehen drängen. Aber ich mahne Euch zur Besonnenheit. Warten wir erst ab, was die Regierung jetzt thun wird. Wenn sie nicht anders thut, wenn der Tag der Revolution andrückt, dann — das schreie ich — werde ich auf Seite des Volkes sein, um es zu vertheidigen.“

Deutsches Reich.

Δ Berlin, 23. Juni. (Geheimrath Dr. Pland.) Morgen, den 24. Juni, bezieht als Altersgenosse unserer hochverehrten Parteiführer v. Bennigsen, Dr. Gammacher und Doherty einer der verdientesten Veteranen der nationalliberalen Partei, Herr Geh. Rath Prof. Dr. Pland, seinen 78. Geburtstag zu Wötzingen. — In enger Freundschaft mit Bennigsen und Miquel verbunden, gehörte Pland zu jenen 33 hannoverschen Politikern, die im Jahre 1859 die bekannte Erklärung zur deutschen Frage abgaben; sie führte dann im Verlaufe der politischen Ereignisse zur Gründung des Nationalvereins. Wohl keiner der hannoverschen Beamten hat unter dem Drucke des reactionären Ministeriums Schwierigeres zu leiden gehabt, als Pland; aber die gegen ihn verhängte Maßregel vermochte ihn niemals weder in seiner juristischen Verurtheilung des von der hannoverschen Regierung verübten Verfassungsbruchs, noch in seiner politischen Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der bundesstaatlichen Einigung Deutschlands unter Erwehens Führung irgend wie zu erschüttern. Die politischen Ereignisse vertheilten seine und seiner politischen Freunde Vorantandigung auf Günstigste. Pland nahm sofort thätigen Antheil an parlamentarischen Leben: er gehörte dem Norddeutschen Bundestage und dem ersten neuen Reichstage an, in dem er den Wahlkreis Göttingen vertrat. Weiter zog er sich nach der ersten Legislatur des Reiches aus der Arena des Reichstages zurück, um sich der akademischen Lehrtätigkeit in Wötzingen zu widmen. Hier aber erließ sich ihm die Aufgabe seines Lebens: die Ausgestaltung des Bürgerlichen Gesetzbuches. Schon in der ersten, im Jahre 1874 eingesetzten Commission gehörte er ihr als eines der hervorragendsten künftigen Mitglieder an und fungierte in der zweiten, im Jahre 1890 eingesetzten Commission als Generalreferent. Die zweite Sitzung des Bürgerlichen Gesetzbuches erfolgte im Reichstage während der Tage vom 19. bis 27. Juni, an denen Pland durch zwei bedeutende Reden über das eheliche Güterrecht glänzende Pland hatte die Genugthuung, daß die Vorlage in allen wesentlichen Punkten in der Gesamtsammlung am 1. Juli 1896 vom Reichstage angenommen ward. Die unveränderte Annahme der Reichstagsbeschlüsse durch den Bundesrath geschah am 14. Juli, die kaiserliche Verkündung am 18. August und endlich die Veröffentlichung des Gesetzes am 24. August 1896. — Pland, der unermüdeten Vor- und Mitarbeiter am Bürgerlichen Gesetzbuch, kann sich jetzt als 78-jähriger Veteran der Fruchte seiner Arbeit durch die Thatsache, daß das Bürgerliche Gesetzbuch sich überraschend schnell eingelebt hat, erfreuen. — In dem hochverehrten Veteranen, der in allen Lebenslagen ein leuchtendes Vorbild von Seelenstärke und Charakterstärke war, bilden heute an seinem Lebensabend die Parteigenossen mit Stolz hinauf und bringen ihm an seinem 78. Geburtstag aufrichtig empfundene Glückwünsche dar.

\* Berlin, 23. Juni. (Professor Paulsen über den Katholicismus in Deutschland.) Aus dem Werke Friedrich Paulsen's, des Professors der Philosophie an der Berliner Universität, über die deutsche Universitäten macht jetzt wieder folgende bekannte Stelle aus einem früheren Aufsatze des Verfassers bekannt, welche die Kunde durch die katholischen Blätter, welche dabei hervorgehoben, daß Paulsen Protestant sei: „Die letzte Voraussetzung für diese Betrachtung (aus der heraus die katholische-theologische Facultäten sich Paulsen als ein werthvolles und der Erhaltung und Pflege würdiges Erbe der Vergangenheit darstellen) ist natürlich die, daß man das Dasein des Katholicismus überhaupt für berechtigt hält, für berechtigt auch auf deutschem Boden. Es giebt Viele, die dies nicht thun, die es für das größte Unglück des deutschen Volkes ansehen, daß die Reformation nicht ganz durchgedrungen und zu einer einheitlichen protestantischen Nationalkirche geführt hat. Ich kann diese Forderung der Weisheit, so fürstbare Kämpfe unserem Volke aus der religiösen Spaltung er-macht sind, so lange dadurch auch seine Selbstbeschleunigung in der Welt gehindert worden ist, zuletzt doch nicht für ein Unglück halten. Ich bin der Ansicht, daß eine deutsche Nationalkirche unter der Suprematie des Staates für unser gesammtes Leben von unermesslicher Folge haben müßte. Das System der Casuisterei wäre schlimmer, als die Kirchenpalastung, und es würde die geistige und mit ihr die politische Freiheit erdrücken. Das Fehlen des Katholicismus oder also die Spaltung zwischen den Confessionen erscheint mir, so schlimm es Wandem klingen mag, im deutschen Reiche als eine Garantie der Freiheit; die katholische Partei wird als geborene Kinderheit immer eifersüchtig darüber wachen, daß die Staatsgewalt nicht ihre Grenzen überschreitet und auch das geistig-religiöse Leben ihrer Herrschaft unterwirft. Und auch für den Protestantismus ist die Verührung mit dem Katholicismus unentbehrlich; er hat sich an ihm beständig über sein eigenes Lebensprincip zu orientiren.“

— Prinz Ludwig von Bayern nahm die Einladung des Kaisers zu dem Kaisermanöver an. — Der Staatssekretär des Reichsmarineamtes, Bismarck v. Tzipig, hat sich im Aufzuge an den in seiner

Vertical text on the left margin containing various small notices and advertisements.

Vertical text on the right margin containing various small notices and advertisements.